

SCHWEIZ

Hausärzte planen eine Volksinitiative

Von Daniel Foppa. Aktualisiert am 28.11.2008

Die Hausärzte wollen mit einer Volksinitiative gegen die sinkende Attraktivität ihres Berufs kämpfen. Sie fühlen sich von der Politik nicht mehr ernst genommen.

Am 1. April 2006 demonstrierten 12'000 Hausärzte vor dem Bundeshaus und deponierten eine von 300'000 Personen unterzeichnete Petition «Gegen die Schwächung der Hausarztmedizin». Aus Sicht der Hausärzte haben diese Bemühungen nichts gebracht. «Wir Hausärzte haben weiterhin die schlechteste Position im Gesundheitswesen. Der Beruf wird immer unattraktiver, und der Nachwuchs fehlt mehr denn je», sagt Peter Tschudi, Professor für Hausarztmedizin an der Uni Basel. «Wir bräuchten jedes Jahr 300 neue Hausärzte, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Doch es entscheiden sich nur noch 100 junge Ärzte pro Jahr für diesen Beruf», betont François Héritier, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Allgemeinmedizin (SGAM). Tatsächlich hat das Gesundheitsobservatorium im Juli gewarnt, der Ärztemangel werde ab 2030 die ambulante medizinische Versorgung der Schweiz gefährden. Bis zu 30 Prozent der dann benötigten Konsultationen könnten nicht mehr gewährleistet werden.

Derzeit kämpfen die Hausärzte dagegen, dass die Labortarife um bis zu 25 Prozent gesenkt werden. «Mit den neuen Tarifen rentiert es für die meisten Ärzte nicht mehr, ein Labor zu betreiben», sagt Héritier. Neben der Senkung der Labortarife beklagen sich die Hausärzte über die zu tiefe Abgeltung der Notfallversorgung und eine Reduktion der Gewinnmargen für Ärzte, die Medikamente abgeben.

«JA zur Hausarztmedizin»

Nun wollen die Hausärzte ihre Anliegen gebündelt mit einer Volksinitiative durchsetzen. Das Begehren trägt den Arbeitstitel «JA zur Hausarztmedizin», wie SGAM-Sprecher Bernhard Stricker am Freitag auf Anfrage sagte. Der Vorstand der SGAM stehe einstimmig hinter der Initiative. Derzeit werden alle Hausärzte der Schweiz zu ihrer Meinung befragt. «Die jahrelange Zusammenarbeit mit den Behörden hat keine wesentlichen Früchte hervorgebracht», sagt Stricker. Darum müssten sich die Hausärzte neu orientieren und ihre Patienten zu politischen Partnern machen. «Hausärzte und Patienten sind zusammen eine politische Macht», sagt Stricker. Nun brauche es einen «Paukenschlag».

Der neue Verfassungstext könnte sich am Bildungsartikel in der Bundesverfassung orientieren und wie folgt heissen: «Bund und Kantone sorgen gemeinsam im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung durch die Hausarztmedizin.» Gemäss Stricker sind die ersten Reaktionen der Hausärzte durchwegs positiv: «Wir werden von der Hausärztebasis bestärkt, das Projekt voranzutreiben.» Die Hausärzte werden Anfang nächsten Jahres entscheiden, ob die Initiative lanciert wird. (Tages-Anzeiger)

Erstellt: 28.11.2008, 23:19 Uhr
